

Frau Schumacher begründete das Erfordernis der Erstellung einer neuen Konzeption über die zukünftige Nutzung und Gestaltung städtischer Friedhöfe.

Das Erfordernis ergebe sich aus einer geänderten Bestattungskultur und der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit zu anderen Städten. Anregungen aus der Bevölkerung und von Fachleuten aus dem Bestattungswesen seien in die Überlegungen eingeflossen. Absprachen mit Kämmerei und Grünflächenamt seien erfolgt. Mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation erläuterte sie die Möglichkeiten einer besseren Nutzung und der Erweiterung des Angebotes wie folgt:

1. Bessere Nutzung der vorhandenen Friedhofsflächen

- Belegung von Lückengräbern,
- Bestattung ortsfremder Personen,
- Wiedererwerb von Nutzungsrechten.

2. Erweiterung des Angebotes

- weiteres Feld für Tot- und Fehlgeburten,
- (Wahl)Grab für Personen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr,
- Rasenreihengräber für Muslime,
- Baumbestattung,
- Kolumbarien,
- Landschaftsgrabfelder und Themengärten.

3. Verkürzung der Ruhefristen

- Gräber für Personen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr,
- Aschen.

Frau Schumacher beantwortete während und nach der Präsentation ausführlich die Fragen der Ausschussmitglieder.

Eine Ausfertigung der Präsentation ist dieser Niederschrift beigelegt.

Anschließend würdigte Herr Knülle für die SPD-Fraktion die Ausführungen als Revolutionierung des Friedhofwesens und als Vorbild für andere Kommunen.

Für die CDU-Fraktion bedankte sich Herr Heckeroth.

Auf Bitte von Herrn Stiefelhagen sagte Frau Schumacher zu, die Präsentation an die Fraktionen weiter zu geben.

Herr Lübken schlug vor, auf der Grundlage der in der Präsentation erhaltenen Informationen in einzelnen Teilbereichen weitere Informationen und Details

aufzuarbeiten. Hierfür benötige die Verwaltung einen Auftrag, um insbesondere eine Konzeption zur Errichtung von Kolumbarien, gärtnerbetreuten Grabfeldern und Baumgrabstätten als weitere Diskussionsgrundlage zu erarbeiten.

Herr Pütz regte für die FDP-Fraktion an, einen Arbeitskreis zu bilden, der sich mit diesem komplexen Thema befassen soll.
Dies lehnte der Ausschuss einvernehmlich ab.

Auch der Vorschlag von Herrn Willenberg, Besprechungen von jeweils einem Mitglied pro Fraktion zu diesem Thema durchzuführen, fand keine Zustimmung.

Herr Knülle teilte mit, dass die SPD-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung zur Formulierung des Beschlussvorschlages grundsätzlich folge, aber die Gebührenkommission einbeziehen wolle.

Herr Lübken formulierte auf Bitte von Frau Roitzheim den Beschlussvorschlag erneut, und teilte mit, dass die Gebührenkommission natürlich eingebunden werde, sobald bekannt sei, in welche Richtung die weiteren Beratungen des Ausschusses gehen werden.